

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Freitag, 22. Juli 1966

Blatt 2279

Das Hochwasser findet im Saal statt

=====

Neues Wasserbautechnisches Labor in zwei Donaupark-Hallen

22. Juli (RK) In zwei der vier kleineren Hallen neben der großen Halle im Donaupark, in denen bei der Wiener Internationalen Gartenschau das leise Plätschern von Springbrunnen zu hören war, empfängt heute den Besucher das mächtige Rauschen entfesselter Wassermassen. Wo früher die zarten Knospen der Orchideen aus exotischem Grün hervorlugten, stehen heute ein dreieinhalb Meter hohes und 15 Meter langes Ungetüm aus Ziegelsteinen und Holz und ein großes Pumpenaggregat. Statt einer Blumenschau findet hier sozusagen ein Hochwasser im Saal statt.

Die Verwandlung der einstigen Blumenhallen dient einem wichtigen Zweck: Professor Dr. Anton Grzywiński von der Technischen Hochschule Wien hat hier ein neues Wasserbautechnisches Laboratorium eingerichtet, in dem er zum erstenmal auch Großversuche durchführen kann. Die Wiener Stadtverwaltung hat der Technischen Hochschule die beiden Hallen zur Verfügung gestellt. Sie wurden durch einen neuen Mitteltrakt miteinander verbunden und mit einem Kostenaufwand von rund einer Million Schilling zweckentsprechend adaptiert. Unter dem Gebäude entstand ein viereinhalb Meter tiefer Wasserbehälter, im Inneren der Halle wurde eine Pumpenanlage mit einer Kapazität von 300 Liter pro Sekunde installiert. "Das Ungetüm" ist ein im Maßstab

1:3 errichtetes Modell eines Donaudammes, das pausenlos von "künstlichem" Hochwasser überflutet wird.

Professor Grzywiński und seine Mitarbeiter sind nämlich gegenwärtig damit beschäftigt, an Hand dieses Modelles die Möglichkeiten zu untersuchen, Dammbüche zu verhindern, die durch Überströmen von Hochwasser entstehen können. Diese Versuche stehen indirekt im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprojekt der Stadt Wien, das in großem Rahmen ja bereits ausgearbeitet ist. Die Untersuchungen des Wissenschaftlers beziehen sich jedoch nicht auf die für den Raum von Wien geplanten Maßnahmen, sondern auf die bestehenden Donaudämme unterhalb des Lobauer Hafens auf niederösterreichischem Gebiet.

Wie die Untersuchungen gezeigt haben, wird es möglich sein, den Marchfeldschutzdamm und den sogenannten Schönauer Durchstichdamm mit relativ geringen Kosten und ohne Änderungen am Bestand der Dämme gegen Brüche durch Überströmen des Hochwassers zu sichern. Es wird lediglich notwendig sein, einen kleinen Teil der Erdoberfläche des Dammes zu entfernen und dafür eine neue Schicht von Steinen in bestimmter Größe und Anordnung aufzutragen.

Dieser Schutz gegen Brüche bezieht sich nur auf das Überströmen des Hochwassers über die Dämme. Gleichzeitig laufen natürlich auch Untersuchungen über die Standfestigkeit des Dammkerns. Bekanntlich sieht das große Projekt der Stadt Wien den Ausbau der Dämme im Stadtbereich gegen die Gefahren einer Hochwasserführung der Donau von maximal 14.000 Kubikmeter pro Sekunde vor, während die Schutzdämme außerhalb des Stadtbereiches weiterhin nur gegen eine maximale Wasserführung von 12.500 Kubikmeter ausreichen werden.

Baustadtrat Kurt Heller besichtigte in Begleitung von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller das neue Laboratorium und ließ sich von Professor Grzywiński über die Ergebnisse der Untersuchungen informieren. Professor Grzywiński betonte, daß er seit zwanzig Jahren nach einer Möglichkeit Ausschau gehalten habe, praktische Großversuche durchführen zu können, da besonders bei Untersuchungen der Probleme überströmbarer Dämme die kleinen Versuchsreihen nicht mehr ausreichten. Umso dankbarer sei er nunmehr der Stadtverwaltung dafür, daß sie ihm in den zwei Hallen so großzügig Gelegenheit biete, seine Untersuchungen auf erweiterter Basis fortsetzen zu können.

85. Geburtstag von Karl Roretz

=====

22. Juli (RK) Am 24. Juli vollendet Univ.-Prof. i.R.
Dr. Karl Roretz das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Breiteneich, Niederösterreich, geboren, studierte an der Wiener Universität Philosophie und trat 1905 in den Dienst der damaligen Hofbibliothek. Zuletzt war er Leiter der Benützer-Abteilung. 1922 erfolgte seine Habilitierung für Philosophie. Roretz hat sich mit Erkenntnistheorie, Ethik, Kulturphilosophie und Kulturpsychologie sowie mit der Geschichte der Philosophie befaßt und zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Er war viele Jahre lang Vizepräsident der Ethischen Gesellschaft, der späteren Ethischen Gemeinde, und hielt in deren Rahmen zahlreiche Vorträge.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

22. Juli (RK) Montag, 25. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Samstag in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung:

Der 80.000. Besucher wird erwartet
=====

22. Juli (RK) Die Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, täglich von 9 bis 20 Uhr geöffnet, erfreut sich weiterhin eines großen Publikumsinteresses. Morgen Samstag wird im Laufe des Tages bereits der 80.000. Besucher erwartet. Der Jubiläumsgast erhält ein Werk über Toulouse-Lautrec.

Jugendabonnement gilt für die Ausstellung

Besitzer des Jugendabonnements werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Gutschein, der zum kostenlosen Besuch einer Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien während der Wiener Festwochen berechtigte, für den Besuch der Toulouse-Lautrec-Ausstellung, auch noch im Monat Juli gültig ist. Die Ausstellung ist bis 31. Juli geöffnet.

- - -

Auch das Laaer Berg-Bad mit geheizten Schwimmbecken
=====

22. Juli (RK) Nach dem Ottakringer Bad kann nun auch das Laaer Berg-Bad in Favoriten mit geheizten Badebecken aufwarten. Wie Stadtrat Pfoch der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte, wurde vor einigen Tagen mit dem Probetrieb begonnen, der zufriedenstellend verlief. Alle Badebecken des Laaer Berg-Bades - Sportbassin, allgemeines Schwimmbecken und Kinderbecken - sind zum Wochenende bereits mit vorgewärmtem Wasser gefüllt. Die Wassertemperatur beträgt konstant 23 Grad.

Bekanntlich wird das Ottakringer Bad mit der Wärme der nahegelegenen Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig geheizt. Seitdem es sich dort auch an kalten Tagen angenehm in den vorgewärmten Fluten pritscheln läßt, hat dieses städtische Sommerbad eine starke Frequenzsteigerung zu verzeichnen. Es ist anzunehmen, daß nun auch das Laaer Berg-Bad noch mehr Attraktivität erhält.

Für das Laaer Berg-Bad hat man sich eine besonders rationelle Art der Beheizung ausgedacht. Die städtische Magistratsabteilung für Heizbetriebe verfügt schon seit Jahren über einen Autozug, der als fahrbare Kesselanlage eingerichtet ist. Der erste Wagen trägt den Kessel mit der erforderlichen vollautomatischen Anlage, der andere Wagen befördert den 11.000 Liter fassenden Öltank. Diese fahrbare Kesselanlage wurde bisher sozusagen als Heizungsfeuerwehr im Winter verwendet, wenn Gebrechen bei einer Zentralheizungsanlage aufgetreten sind. Auch auf Baustellen wurde der Zug eingesetzt, um zentralbeheizte Wohnhausanlagen mit Wärme zu versorgen, wenn die eigenen Kesselanlagen noch nicht einsatzbereit waren. Im Sommer war jedoch die Heizungsfeuerwehr ohne Beschäftigung. Eine Million Kilogrammkalorien Wärmeleistung blieben ungenützt. Nun ist diese "Sommerarbeitslosigkeit" vorüber, und die Kesselanlage spendet ihre Kalorien für das Badewasser.

- - -

Anerkennung für blinde Mitarbeiterin
=====

22. Juli (RK) Die Stadt Wien beschäftigt auch mehrere blinde Mitarbeiter, zum Teil als Kanzleikräfte, zum Teil als Telefonisten. Auch in der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ist ein blindes junges Mädchen als **Schreibkraft** angestellt. Ihre Dienstleistung ist überdurchschnittlich gut und ihre Arbeit steht trotz ihrer Behinderung der einer sehenden Stenotypistin in keiner Weise nach.

Um der 21jährigen Christine Homolar aus Floridsdorf, die seit fünf Jahren in der Magistratsabteilung 69, Grundtransaktionen, beschäftigt ist, eine kleine Freude zu bereiten und ihr zu sagen, wie sehr man mit ihr zufrieden ist, lud heute vormittag Stadtrat Sigmund die blinde Mitarbeiterin in sein Büro ein und überreichte ihr einen Blumenstrauß und eine Bonbonniere. Professor Zorn, der Leiter des Personaleinsatzes, konnte Stadtrat Sigmund berichten, daß auch die anderen blinden Mitarbeiter des Magistrates von ihren Dienststellenleitern stets gelobt werden.

- - -

Verleihung des Medizinalratstitels
=====

22. Juli (RK) Der Bundespräsident hat den beiden Fachärzten Dr. Walther Schiessl und Dr. Eduard Tschokl den Berufstitel Medizinalrat verliehen. Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik überreichte heute früh im Wiener Rathaus den Ärzten die Dekrete.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

22. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig;

Gemüse: Gurken 2.50 bis 4 S, Weißkraut 1.50 bis 2 S, Tomaten 4.50 bis 7 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 5 bis 6 S, Pfirsiche 6 bis 10 S.

- - -

Slavik antwortet Schmitz

=====

22. Juli (RK) Nach einem Pressegespräch zwischen dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik und den Wiener Kommunalberichterstattem am Montag dieser Woche, hat bekanntlich Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz einen Brief an den Wiener Vizebürgermeister gerichtet, in dem er ihn aufforderte, die von dem städtischen Finanzreferenten gegenüber den Pressevertretern genannten Belastungen der Bundeshauptstadt Wien in der Höhe von 1.114 Millionen Schilling im Detail aufzuschlüsseln.

Vizebürgermeister Slavik hat nun heute seinerseits an den Finanzminister ein Schreiben gerichtet, das wir im Wortlaut bringen:

"Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ihren Brief mit Datum vom 19. Juli 1966, dessen Inhalt ich bereits aus der Tagespresse kannte, habe ich am 20. Juli 1966 erhalten. Vorweg muß ich mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie die Zeitungen, die über mein Informationsgespräch mit den Kommunalberichterstattem schrieben, anscheinend nicht genau gelesen haben, weil es sonst nicht denkbar wäre, daß Sie übersehen haben, daß ich in meine Darstellung auch die durch die Preissteigerungen verursachten Lohn- und Gehaltserhöhungen miteinbezogen habe, was auch in allen Blättern richtig dargestellt wurde.

Ihrer Einladung, die von mir angegebene Summe von 1.114 Millionen Schilling Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrausgaben aufzuschlüsseln, komme ich gerne nach, obwohl ich davon überzeugt bin, daß Ihnen in Ihrem eigenen Ministerium die zahlenmäßigen Unterlagen leicht zur Verfügung gestellt hätten werden können. Ich tue dies umso lieber, weil auch ich daran interessiert bin, daß die Öffentlichkeit in die Lage versetzt wird, die Auswirkungen der vom Parlament in den letzten Monaten beschlossenen Gesetze und die Maßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen in ihren Auswirkungen auf die österreichischen Bundesländer und auf die österreichischen Gemeinden kennenzulernen. Die Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrbelastungen für die Stadt Wien setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen:

1.) Die vom Parlament beschlossenen sogenannten Wachstums-gesetze haben nach Angaben des Finanzministeriums einen Steuer-ausfall von 1.508 Millionen Schilling zur Folge. Daraus ergibt sich für Wien ein errechneter Steuerausfall gegenüber der früheren Rechtslage im Ausmaß von 193,1 Millionen Schilling. Wie Ihnen bekannt ist, schätzen nicht dem Finanzministerium angehörende Fachleute den Steuerausfall wesentlich höher. Trotz-dem wurde meinen Berechnungen nur der von Ihrem Ministerium angegebene Steuerausfall zugrundegelegt.

2.) Die Auswirkungen der ersten Etappe der Einkommen- und Lohnsteuersenkung ergeben nach Ihren eigenen Angaben beziehungs-weise nach den Angaben des Finanzministeriums einen Steuer-ausfall von insgesamt 800 Millionen Schilling, wovon auf Wien 134,1 Millionen Schilling entfallen.

3.) Die Umsatzsteuernovelle 1966 ergibt einen Steuerausfall von 150 Millionen Schilling, wovon auf die Stadt Wien 19,2 Millio-nen Schilling entfallen.

4.) Der vom Finanzministerium ausgearbeitete Entwurf für einen neuen Finanzausgleich ergibt, auf der Grundlage des Jahres 1964 errechnet, einschließlich der von Ihrem Ministerium im Rahmen des Finanzausgleiches vorgesehenen gesetzlichen Ver-änderungen für die Stadt Wien eine Mindereinnahme von 90 Millionen Schilling.

5.) Durch eine vom Finanzministerium erlassene Verordnung wurde die Selbstträgerschaft der Krankenanstalten bereits auf-gehoben. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung für Wien von 27 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang haben Sie in Be-antwortung einer Anfrage sozialistischer Abgeordneter im Parla-ment erklärt, daß ab dem Jahre 1967 die Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz für die Gebietskörperschaften zur Gänze aufgehoben wird. Daraus ergibt sich eine Belastung für die Stadt Wien von 76 Millionen Schilling.

6.) Aus den Zeitungen habe ich bereits erfahren, daß eine Neuaufteilung der Wohnbaumittel vorgesehen ist, über die Sie, Herr Bundesminister, genau informiert sind, weil Sie nach den Zeitungsberichten an den Beratungen teilnehmen. Die Aufteilung der Wohnbaumittel nach dem Bevölkerungsschlüssel ergibt für die Stadt Wien Mindereinnahmen von 35 Millionen Schilling. Über die

Auswirkungen auf die Wohnbauvereinigungen werde ich noch später zurückkommen.

7.) Durch die neuen Schulgesetze erwachsen der Stadt Wien Mehrausgaben von 160 Millionen Schilling.

8.) Die erhöhten Personalbezüge, die im Verlaufe des Jahres 1966 beschlossen wurden, belasten das Budget für das Jahr 1967 mit einem Betrag von 359 Millionen Schilling.

9.) In Anpassung an das ASVG sollen verschiedene Nebenbezüge und Nebengebühren in die Bemessungsgrundlage für den Ruhegenuß einbezogen werden. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung von 48 Millionen Schilling.

Ich hoffe, daß Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und die Wiener Bevölkerung aus dieser Zusammenfassung der Belastungen, die sich durch Maßnahmen des Bundesgesetzgebers und durch Maßnahmen des Finanzministeriums und durch den erhöhten Personalaufwand ergeben, erkennen werden, daß die Stadt Wien, wenn sie ihre Investitionstätigkeit, den Bau von Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Straßen usw. aufrechterhalten will, zur Erschließung neuer Möglichkeiten für Mehreinnahmen gezwungen ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auch auf die finanzielle Situation der Länder und Gemeinden richten, die so wie Wien durch die Maßnahmen des Finanzministeriums und des Bundesgesetzgebers finanziell auf das schwerste belastet wurden. Allein durch die sogenannten Wachstumsgesetze werden die Länder ohne Wien gegenüber der früheren Rechtslage nach den Angaben des Finanzministeriums einen Steuerausfall von 113,6 Millionen Schilling hinnehmen müssen. Auf die Gemeinden ohne Wien entfällt ein Betrag von 223,5 Millionen Schilling. Auf Grund der ersten Etappe der Einkommen- und Lohnsteuersenkung müssen die neun Bundesländer gegenüber der früheren Rechtslage einen Steuerausfall von 220 Millionen Schilling hinnehmen und alle Gemeinden Österreichs einen Steuerausfall von 200 Millionen Schilling. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, daß die Einkommen- und Lohnsteuersenkung ausschließlich auf Kosten des Bundes gehe. In Wirklichkeit wird aber der Bund durch diese gesetzliche Maßnahme bloß mit 380 Millionen Schilling belastet, die Länder und Gemeinden hingegen mit 420 Millionen Schilling.

Von dem Länder- und Gemeindeanteil entfallen, wie bereits festgestellt wurde, rund 134 Millionen Schilling auf die Stadt Wien, 154 Millionen Schilling auf die Bundesländer ohne Wien und 132 Millionen Schilling auf die Gemeinden ohne Wien. Die Umsatzsteuernovelle 1966 ist für die Länder ohne Wien mit einem Steuerausfall von rund 40 Millionen Schilling und für die Gemeinden ohne Wien mit einem Steuerausfall von rund 20 Millionen Schilling verbunden.

Die von Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, durch eine Novelle aufgehobene Selbstträgerschaft für die Krankenanstalten belastet die Spitalerhalter in Österreich mit einem Gesamtbeitrag von rund 100 Millionen Schilling. Da 27 Millionen davon auf Wien entfallen, werden die Spitalerhalter unter Außerachtlassung der Belastung der Stadt Wien mit mehr als 70 Millionen Schilling belastet. Die von Ihnen im Parlament angekündigte Aufhebung der Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz bringt für sämtliche Gebietskörperschaften nach Ihren eigenen Angaben eine Belastung von 370 Millionen Schilling. Die neue Schulgesetzgebung erfordert die Schaffung von neuen Schulklassen, die allein die Gemeinden ohne Wien mit 3.226 Millionen Schilling belasten. Dazu kommen noch die Kosten, die die Länder ohne Wien tragen müssen, um die erforderlichen Schulklassen errichten zu können, im Ausmaß von 120 Millionen Schilling und für Wien ein Mehraufwand im Ausmaß von 614 Millionen Schilling.

Ich möchte mit diesen kurzen Hinweisen Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und darüber hinaus die gesamte Öffentlichkeit auf die Probleme aller Länder und Gemeinden aufmerksam machen. Es scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, daß durch die bundesgesetzlichen Neuregelungen und durch die Maßnahmen Ihres Ministeriums nicht nur Wien, sondern alle Länder und Gemeinden Österreichs finanziell schwerstens belastet wurden und werden. Wenn die Länder und Gemeinden nicht zusätzliche Einnahmen bekommen, müßte sich das auf den Investitionssektor in ganz Österreich gefährlich auswirken. Eine so weitgehende Einschränkung der Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden birgt die Gefahr in sich, zu einer Arbeitslosigkeit zu führen.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, noch einmal auf das brennende Problem der Erhaltung der Spitäler aufmerksam machen. Ich habe das schon in einer Anzahl von Briefen getan. Unsere staatliche Verwaltung kann es sich nicht so einfach machen, daß sie auf dem Standpunkt steht, für die Gesundheit unserer Bevölkerung keine zusätzlichen Mittel mehr auszugeben. Derzeit haben die Spitalerhalter einen Abgang in ihren Spitälern von rund zwei Milliarden Schilling jährlich zu tragen. Der Bund ersetzt auf Grund des Krankenanstaltengesetzes nur den klinischen Mehraufwand und leistet nur geringfügige Beiträge zum Betriebsabgang. Wenn es einmal zur Sperre von Spitälern kommt, dann werden Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und die Bundesregierung nicht sagen dürfen, daß Sie auf die Probleme der Spitalerhalter nicht oft und eindringlich aufmerksam gemacht wurden. Trotz der fast aussichtslos scheinenden Situation der Spitalerhalter haben Sie sich bisher nicht bereit gefunden - auch nicht in Verbindung mit den Ländern und Gemeinden Österreichs - den Spitalerhaltern zu helfen.

Darf ich nur noch abschließend darauf hinweisen, daß die Stadt Wien auch in den kommenden Jahren genötigt sein wird, für die Wiener Stadtwerke Fremdmittel aufzunehmen, um die Investitionen voll finanzieren zu können. Darf ich weiter noch darauf hinweisen, daß der Wohnhauswiederaufbaufonds geschaffen wurde, um die Kriegsschäden zu beheben. Die Aufteilung aus diesem Fonds auf die einzelnen Bundesländer sollte auf Grund der erlittenen Kriegsschäden erfolgen. Wenn nunmehr daran gedacht wird, die Mittel aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds nach der Bevölkerungszahl aufzuteilen, dann bedeutet dies, daß aus diesem Fonds Mittel in jene Gebiete fließen werden, die von Kriegsschäden verschont blieben und jenen Gebieten, welche die größten Kriegsschäden hinnehmen mußten, Mittel entzogen werden. Für Wien würde das auf dem genossenschaftlichen und auf dem privaten Bausektor eine Einschränkung der Wohnbautätigkeit um rund 2.000 Wohnungen pro Jahr bedeuten.

Wenn auch die Menschen, welche diese Gesetze seinerzeit geschaffen haben, zum Teil nicht mehr am Leben sind, so sollten doch jene Politiker, die heute die Verantwortung für Österreich tragen, wissen, für welche Zwecke diese Fondsmittel verwendet werden müssen. Sie sollten nicht dazu übergehen, entgegen jeder Gerechtigkeit Wohnbaumittel nach Gesichtspunkten zu verteilen, die mit dem Sinn und dem Zweck dieser Gesetze überhaupt nicht in Übereinstimmung gebracht werden können.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, sehr geehrter Herr Bundesminister, daß Sie mein Brief über die finanzielle Situation der Länder und Gemeinden einigermaßen informieren wird. Desgleichen hoffe ich, daß Sie Verständnis dafür haben, daß ich diesen Brief, so wie Sie das mit Ihrem Schreiben an mich getan haben, zur Veröffentlichung freigebe."

- - -

Die Trauerfeier für Stadtrat a.D. Franz Koci
=====

22. Juli (RK) In der 1922 von Clemens Holzmeister errichteten Feuerhalle der Stadt Wien fand heute nachmittag die Trauerfeier für den am Montag, dem 18. Juli, bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten Stadtrat a.D. Franz Koci statt. Hunderte Trauer-gäste waren gekommen, um Franz Koci, der dem Wiener Stadtsenat zuerst als Amtsführender Stadtrat für das Wohnungswesen und zuletzt vor seinem Eintritt in den Ruhestand im Dezember 1964, als Amtsführender Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen angehört hatte, das letzte Geleit zu geben.

Neben der Gattin und den nächsten Anverwandten des Verstorbenen waren erschienen: Vizebürgermeister Slavik in Vertretung des Bürgermeisters, der gegenwärtig im Ausland weilt, der Zweite Nationalratspräsident Ing. Waldbrunner, Landtagspräsident Dr. Stemmer, Vizebürgermeister Dr. Drimmel, die Stadträte Dr. Glück, Glaserer, Heller, Pfösch, Dr. Prutscher und Sigmund, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer, Magistratsdirektor Dr. Ertl, die Stadträte a.D. Mandl, Nathschläger und Thaller, Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates, Vertreter der Parteileitung der SPÖ sowie mehrere Bezirksvorsteher.

Vizebürgermeister Slavik hielt an der blumen- und fahnen-geschmückten Bahre die Trauerrede, in der er Leben und Wirken von Franz Koci würdigte, der 19 Jahre dem Wiener Gemeinderat und 13 Jahre dem Wiener Stadtsenat angehört hatte. Für uns alle, so sagte der Vizebürgermeister, kam der Tod unseres Freundes Franz Koci so überraschend, daß wir die Nachricht von dem Verkehrsunfall zuerst gar nicht glauben konnten. Ihm, dessen ganzes Leben von Arbeit erfüllt war, war nur eine kurze Zeit der Ruhe vergönnt.

Franz Koci war ein Mensch, der immer an sich gearbeitet und in seinem Leben viel gelernt hat. Aber er war auch ein Mensch, den nichts und niemand beugen, den nichts und niemand brechen konnte - weder die Ereignisse des Jahres 1934 noch die Gestapo nach dem Jahr 1938. In diesen Zeiten hatte Franz Koci alles, was es an Leid zu tragen gab, miterleben müssen. Trotz großen Schwierigkeiten stellte er sich sofort nach Kriegsende Wien und den Wienern mit aller seiner Kraft zur Verfügung. Wer die Sorgen einer

Millionenstadt kennt, weiß, daß die Meisterung der Probleme auf so verantwortungsvollen Posten, wie sie Franz Koci innegehabt hatte, den ganzen Menschen gebraucht hat. Die Durchführung umfangreicher Aufgaben und Planungsarbeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung unserer Stadt fallen in seine Amtszeit, in der er große Leistungen für uns alle vollbracht hat.

"Nun stehen wir an der Bahre, um Abschied zu nehmen von unserem Freund Franz Koci. Wir bringen Dir die letzten Grüße Deiner Heimatstadt und die letzten Grüße aller Deiner Freunde. Schmerzgebeugt stehen wir an Deiner Bahre, aber wir wissen, daß Du Dir selbst durch Deine Arbeit und Deine Leistungen viele Denkmäler gesetzt hast", schloß der Vizebürgermeister die Trauerrede.

Unter den Klängen des "Liedes der Arbeit" wurde sodann die Bahre versenkt.

Die Beisetzung der Urne in einem Ehrengrab der Stadt Wien findet ~~komme~~nden Montag, den 25. Juli, um 15 Uhr, im Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 14 C, statt.

- - -